Brandenburg

Immer mehr Fokusdienste angebunden

[04.08.2026] Brandenburg informiert über den Roll-out der 15 von Bund und Ländern priorisierten Fokusleistungen. Fünf sind bereits vollständig umgesetzt, bei mehreren weiteren wurden in den vergangenen Monaten zusätzliche Stellen angebunden.

Im Land Brandenburg kommt die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen weiter voran. Das geht aus der Infowebseite des Landes zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hervor. Dort informiert das Land nun zum aktuellen Umsetzungsstand von 15 wichtigen Fokusleistungen. Das sind nach dem Einer-für-Alle-Prinzip entwickelte Online-Dienste, deren flächendeckender Roll-out von Bund und Länder seit 2023 priorisiert wird. Kommunen können diese Leistungen vom Land nachnutzen – in der Regel kostenfrei, bei einzelnen Leistungen wie Kfz-Zulassung oder Bauvorbescheid und Baugenehmigung gegen geringes Entgelt.

Starke Fortschritte mit neuen Anbindungen

Fünf Fokusleistungen sind bereits vollständig in Brandenburg ausgerollt und stehen allen zuständigen Stellen digital zur Verfügung: Anlagengenehmigung, Bürgergeld, Handwerksgründung, Kfz-Zulassung und Öffentliche Vergabe erreichen jeweils einen Umsetzungsstand von 100 Prozent. Weitere Leistungen verzeichnen seit April 2026 durch neu angebundene Stellen spürbare Fortschritte: So erreicht der Unterhaltsvorschuss einen Verbreitungsgrad von 83 Prozent. Beim digitalen Bauvorbescheid beziehungsweise bei der Baugenehmigung liegt der Wert bei 65 Prozent; seit April kamen zwei weitere angebundene Stellen hinzu. Die digitale Einbürgerung erreicht 53 Prozent und gewann ebenfalls zwei Stellen hinzu. Bei der Eheschließung wurden seit April vier neue Stellen angebunden, der Verbreitungsgrad liegt nun bei 25 Prozent. Die Ummeldung kommt nach sechs neuen Anbindungen seit April auf acht Prozent.

Leistungen mit laufendem Roll-in

Auch für Elterngeld (21 Prozent), Führerschein (17 Prozent) und Wohngeld (74 Prozent) schreiten die Anbindungen kontinuierlich voran. Für die Unternehmensanmeldung gibt es bisher keinen Umsetzungsstand. Eine große Herausforderung besteht bei Leistungen mit einer hohen Anzahl anzubindender Stellen, wie etwa bei der Ummeldung, die insgesamt 196 Kommunen betrifft.
Das Land koordiniert den weiteren Roll-in. Für alle Fokusleistungen soll ein Verbreitungsgrad von mindestens 80 Prozent erreicht und die Zahl der angebundenen Stellen weiter erhöht werden. Kommunen, die Unterstützung bei der Anbindung benötigen, können sich an die OZG-Koordinierungsstellen der Fachministerien wenden.

(sib)

Stichwörter: Politik, Brandenburg, Fokusleistungen, OZG